

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spandhau 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelgenpreis: Die 3-spaltige Seite 8. — **Wk.** von anw. bis 7. — **Wk.** Arbeitsmarkt u. Wohnungsverhältnisse nach def. Lari, die 2-spaltige Heftnummer 15. — **Wk.** von anw. bis 20. — **Wk.** Die Weiterbildung Habsil. Annahme bis früh 9 Uhr. — **Postfachkonto** Danzig 2945 **Expédition:** Am Spandhaus 6. — **Telephon** 3850

Tr. 166

Dienstag, den 18. Juli 1922

13. Jahrgang

Die Rathenaumörder gestellt — sich selbst gerichtet!

Vertagung der Regierungserweiterung.

Günstige Fortschritte der sozialdemokratischen Einigung.

Die mitgeteilt wird, haben sich beide sozialistischen Reichstagsfraktionen gestern damit einverstanden erklärt, die Regierungserweiterung durch den Eintritt von Unabhängigen bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags im Oktober zu vertagen. Die Gewerkschaften haben den Beschlüssen der Fraktionen zugestimmt. Die Sozialdemokratische, die Unabhängigen und die Gewerkschaften werden am Mittwoch einen gemeinsamen Aufruf an die Arbeiterschaft richten, in dem sie ihren Vertagungsbeschluss begründen werden, der laut „Voss. Zeitung“ zurückzuführen sei auf wichtige Erwägungen außenpolitischer und wirtschaftlicher Natur und schwerwiegender Bedenken, die, wie es heißt, nicht nur vom Reichskanzler, sondern auch vom Reichspräsidenten gegen eine Reichstagsauflösung und Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick geltend gemacht worden seien. Die Frage der Bildung einer gemeinsamen aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehenden Reichstagsfraktion wird von den beiden sozialistischen Parteien während der Sommerferien des Reichstags entschieden werden.

Die Reichs-Verfassung der unabhängigen Sozialdemokratie beschloß gestern mit 39 gegen 17 Stimmen, für das Gesetz zum Schutze der Republik zu stimmen. Damit ist eine auch für ein verfassungsänderndes Gesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit gesichert. Es wird erwartet, daß der Reichstag am Dienstag alle noch nicht abgeschlossenen Arbeiten erledigen und in die Sommerferien gehen wird.

Die Vertagung der Regierungserweiterung nach links sowie die widerspruchsfreie Verabschiedung des Schutzgesetzes bedeuten zweifellos ein Nachgeben der Linken. Es bedeutet jedoch kein Zurückweichen vor der geschlossenen bürgerlichen Front, sondern, wenn beide sozialdemokratische Fraktionen in eine Vertagung eingewilligt haben, so muß das als eine notwendige Rücksichtnahme auf die gespannte außenpolitische Lage, in der sich Deutschland besonders infolge der Moratoriumsverhandlungen befindet, gewürdigt werden. Das Opfer, das die sozialdemokratischen Parteien damit erneut bringen, ist sicherlich groß. Aber es wird dadurch gemildert, daß diese Lösung der Krise erfreulicherweise mit einer weiteren Annäherung der beiden Bruderparteien abschließt. Wenn in den nächsten Wochen der jetzt aufgetauchte Plan einer Verschmelzung der beiden Reichstagsfraktionen in Ruhe ventiliert werden kann und spruchreif wird, so ist dadurch mehr gewonnen, als wenn jetzt eine Auflösung und Neuwahl des Reichstages herbeigeführt worden wäre, dessen Wahlkampf das begonnene Einigungswerk nicht nur hindern, sondern wieder stören könnte.

So wenig befriedigend der Ausgang des Kampfes um die Festigung der Republik auch sein mag, für die sozialistische Arbeiterschaft liegt kein Grund vor, damit unzufrieden zu sein. Die sozialistische Korrespondenz hat durchaus recht, wenn sie schreibt, daß höher als alle Ziele, die die sozialistischen Parteien während der jetzigen Krise verfolgten, die Wiedervereinigung der Arbeiterschaft in einer großen gemeinsamen Partei stehe, die durch die Arbeitsgemeinschaft im Reichstage bereits angebahnt ist und die durch die Parteitage der Sozialdemokraten und Unabhängigen zum Herbst ihre Sanction erhalten soll. Dieser Gewinn muß für die sozialistische Arbeiterschaft in allen Lagern höher stehen, als der beste taktische Erfolg, den beide Parteien in der jetzigen Krise hätte bringen können.

§ 105.

Danzig soll Schule machen.

Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht einen Schriftwechsel zwischen dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion Hergt und dem Generalkstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin, der sich auf die Vorgänge in der Reichstagsitzung am Tage der Ermordung Rathenau bezieht. Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion habe die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die unabhängigen und kommunistischen Ab-

Halle, S. 18. Juli. (WZB.) Die Rathenau-Mörder wurden gestern abend durch Hallesche Kriminalbeamte auf Burg Saaleck bei Kösen ermittelt. Sie haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

geordneten, die Hellsichtig mit dem Aufse „Der Mörder muß raus!“ aus dem Saale drängen wollten, wegen Vergehens gegen § 105 des Strafgesetzbuches (gewalt-
same Entfernung von Mitgliedern aus einer gesetz-
gebenden Versammlung des Reichs) beantragt und
benannte als Täter die Abgeordneten Höllner, Kren-
nauer, Dr. Wosch, Auenen, Fröhlich und Jusek. Der
Generalsatzanwalt hat die Einleitung eines Ermitt-
lungsverfahrens wegen Immunität der Abgeordneten
abgelehnt. Darauf hat Dr. Sargt an die Staatsanwalt-
schaft das ausdrückliche Ersuchen gerichtet, beim Reichs-
tage die Genehmigung zur Strafverfolgung der ge-
nannten Abgeordneten einzuholen. Der Reichstag
dürfte kaum der Aufhebung der Immunität zustimmen.
Andererseits wäre es angesichts der in D a n z i g ge-
übten Anwendung des § 105 sehr interessant, die Aus-
legung dieses umstrittenen Paragraphen — der seinem
Sinn und Wortlaut nach nur ankenstehende Personen
treffen will, die es unternehmen, Abgeordnete an der
Ausübung ihres Mandats zu hindern — durch deutsche
Gerichte kennen zu lernen.

Kampf gegen Korfanty.

Die sozialistische Partei Polens ist zum offenen Kampf gegen die Wahl Korsantys zum Ministerpräsidenten übergegangen. Unter der Devise: „Weg mit Korsanty und der Reaktion; Polen darf kein Reich der entfesselten Gewalten der bestehenden Klassen sein!“ wird die Arbeitermacht für heute, Dienstag, zum Proteststreik aufgerufen. „Roboinik“ nennt das Kabinett Korsanty ein Signal für die schwersten Kämpfe im Innern. Die Regierung Korsanty sei eine Provokation für 8 Millionen nichtpolnischer Bevölkerung im polnischen Reich. Sie sei eine Ohrfeige für die nationalen Minderheiten. Bisher ist es Korsanty nicht gelungen, ein Kabinett zustande zu bringen, und erscheint das mit jeder Stunde fraglicher. Auch der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Blucinski, soll um Uebernahme eines Portefeuilles, und zwar als Außenminister, angegangen worden sein. Nach einer Meldung soll er abgelehnt, nach einer anderen unter Vorbehalt zugesagt haben.

Militärische Uebungen der Reaktion.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium Breslau verbreitet über die Ursachen, die zur Auflösung des Hochschulkreises deutscher Art in Breslau führten, einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß im Mayer Bergland vom Herbst vorigen Jahres bis zum Sommer dieses Jahres wiederholt militärische Uebungen dieser Organisation stattgefunden haben, deren Leitung in den Händen der Studenten Heinrich und Dietrich v. Seditz und Neufirk lag. Als weitere Führer haben noch mehrere andere Studenten an den Uebungen teilgenommen. Sie befinden sich sämtlich in Untersuchungshaft. Wegen den Polizeihauptmann v. Steinhader, der an der letzten Uebung im Juni d. Js. als militärischer Instrukteur teilgenommen hat, ist die sofortige Einleitung des Disziplinarverfahrens veranlaßt worden. Er befindet sich gleichfalls in Haft. Die Gesamtzahl der Teilnehmer an den Uebungen beträgt etwa 70. Ihre Namen sind durchweg bekannt.

Kommunistische Niederlage im Berliner Metallarbeiterverband.

Bei der Wahl des ersten Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin wurde der unabhängige Rißta mit rund 80 000 Stimmen gegen rund 25 000 Stimmen gewählt, die auf den kommunistischen Kandidaten Walcher entfielen. Bei der vor einigen

Monaten erfolgten Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß konnten die Kommunisten noch einen vollen Sieg erringen, da die Unabhängigen eine Verständigung mit der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt hatten. Diesmal konnte ein einheitliches Vorgehen Platz greifen, und als Erfolg ist die Niederlage der Kommunisten zu nennen, die den in der Gewerkschaftsarbeit vollkommen unerfahrenen Walcher präsentierten, unter dessen Leitung das schlimmste für den Verband zu befürchten war. Der Erfolg der gewerkschaftlichen Richtung hätte um so größer sein können, wenn nicht wieder ein größerer Teil der Mitgliedschaft — Berlin zählt 150 000 — zu Hause geblieben wäre, während die Kommunisten natürlich wieder ihre letzten Mannen aufgeboten hatten.

Die Tagung des Völkerbundesrates, die heute in London ihren Anfang nimmt, wird den Vätern zufolge voraussichtlich etwa 1½ Wochen dauern. Gegenstand der Beratungen bilden Mandatsfragen. In erster Linie die Frage des Mandats über Palästina. „Observer“ ist der Ansicht, daß die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ebenfalls erörtert werden wird, obwohl sie eigentlich zur Zuständigkeit der Völkerbundversammlung gehört.

Englische Friedensdemonstrationen. In über 80 Städten Großbritanniens werden gegen Ende dieses Monats aus Anlaß des Jahrestages des Kriegsausbruchs Demonstrationen gegen den Krieg veranstaltet werden. In London werden am 10. 7. nachmittags große Kundgebungen stattfinden.

Die Ergebnisllosigkeit der Saauger Konferenz.

Die seit dem Mauthaus-Mord ungemein scharf ausgeprägte Situation konzentrierte so sehr die Aufmerksamkeit auf sich, daß andere Dinge ziemlich achlos gelassen wurden. So auch die Konferenz in Haag, die in Vorsetzung der Konferenz in Genoa verschoben sollte, das russische Problem zu lösen und Rußland wieder in die allgemeine Weltwirtschaft einzugliedern. Die Konferenz hat ein frühes Ende gefunden. Die englische amtliche Meldung macht Rußland für das Scheitern der Konferenz verantwortlich. Das dürfte nicht ohne weiteres richtig sein, wenn es auch auf russischer Seite nicht an Egoismus gefehlt hat. Nach den Ergebnissen der Genueser Konferenz mußte es von vornherein als zweifelhaft erscheinen, ob eine Sachverständigenzusammenkunft in der russischen Frage zu einem anderen Resultat gelangen konnte, als die Beratungen der ersten Politiker der Teilnehmerstaaten, denen ja derselbe Sachverständigenapparat zur Verfügung stand. Das Thema mußte in Haag notwendig dasselbe bleiben, und es war nicht recht ersichtlich, inwiefern man die Methoden ändern sollte.

Zur Beratung standen die Fragen der Konzessionen, des ehemaligen Privatgelgentums und der Kredite. Hinsichtlich der Konzessionen wünschte England ein ins einzelne gehendes reichlich verantriertes Programm. Frankreich und Belgien machten den Erfolg der Konferenz von der prinzipiellen Anerkennung des ehemaligen Privatgelgentums abhängig. Rußland weigerter sich, über diese beiden Fragen in eine Diskussion einzutreten, bevor nicht in der Kreditfrage von den anderen Konferenzteilnehmern bestimmte Zusicherungen gemacht worden seien. Für die drei Fragen wurde je eine Unterkommission gewählt, in der die Russen und die übrigen Teilhaber paritätisch vertreten waren. Da jede der drei Gruppen vor Beginn der Hauptverhandlungen auf der speziellen Erfüllung ihres Sonderwunsches bestand, wies man in den Unterkommissionen jeder präzisien Fragestellung aus. Es wäre falsch, diesen Vorwurf gegen Rußland allein zu erheben. Als man einnahm, daß auf diesem Wege ein Fortschritt unmöglich sei, schlug Frankreich vor, den Fortgang der Konferenz von der Bedingung abhängig zu machen, daß sich die Russen verpflichteten, auf alle Fragen Rede und Antwort zu geben. Dieser Vorstoß durchbrach das Prinzip der Gleichberechtigung der Konferenzteilnehmer. Inzwischen hatte sich die Situation dahin kristallisiert, daß die Russen sich nicht dazu verstehen konnten, die Konzessionsfrage in ein gegenseitig untermaueretes System zu bringen. Nach ihrem Willen sollte jede Konzessionsbestimmung ein Akt für sich sein, der gesondert zu behandeln ist, ohne generelle Folgerungen nach sich zu ziehen. Es stellte sich weiter heraus, daß die Russen eine volle Anerkennung des früheren Privatgelgentums ablehnten; auch hier sollte von Fall zu Fall entschieden werden. Schon damals waren die Aussichten auf ein generelles Einverständnis zwischen Rußland und dem übrigen Europa nur noch sehr gering. Sie verschlechterten sich weiter, als die von den Russen vorgelegte Adhäsionsliste ergab, daß die Russen nur drei Prozent des ehemaligen Privatgelgentums zurückzuerstatten willens sind, während Frankreich 10 Prozent gefordert hatte. Ein Zusammenstoß zwischen dem Vertreter Englands und

... und keine Trüben, Tübeln, Werdn und Ver-
... worden ... und keine ... sind ein
... als eine ... und inter-
... schiedlicher ...

Danziger Nachrichten.

Die wahren Ursachen der Aussperrung auf der Danziger Werft.

Die bürgerliche Presse liest weiter! Die „Danziger Allgemeine Zeitung“ bringt am 14. 7. eine längere Abhandlung über die Aussperrung auf der Werft, die mit dem Bauarbeiterstreik beginnt, alle schwebenden Lohnbewegungen einseitig vom Unternehmerstandpunkt freist, um dann zum Schluss die Lohnkämpfe der Arbeiterklasse als Nachschüsse der Gewerkschaftsführer hinzustellen, die die Volkswirtschaft zugrunde richten u. a. m.

Dieses Geschreibsel stammt sicherlich aus der deutschnationalen Pöbelkuche. Es ist bezeichnend, wie die dort untergeordneten Monarchisten, die Danziger Arbeiterklasse systematisch verpöhlen, das Wirtschaftsleben sabotieren und das Danziger Volk immer mehr dem Abgrunde entgegenführen.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten am 15. Juli einen Artikel „Ursachen des Streiks auf der Danziger Werft“. Es muß heißen: Ursachen der Aussperrung auf der Werft. Denn die Werft hat unter Ablehnung einer Eingangs in der Werftalltagsangelegenheit der Formen, mit der Aussperrung begonnen und löste somit den Streik des Restes der Arbeiterschaft aus.

Diese Abhandlung stammt vermutlich vom Oberbaurat Sühnenguth, der es gerade war, der jede Einigung ablehnt und auf die Frage, ob die Formersache, des Kampfes vieler Tausender wert ist, folgendes antwortete: „So wahr es ist, daß ein Streikholz genügt, um ein Großfeuer zu machen, so wahr ist es auch, daß der Streik um 50 Mark Akkordpreis genügt, um die Werft zu schließen.“ Und er fügte hinzu, für ihn komme nur die bedingungslose Annahme seiner Forderung, d. h. die kritische Arbeit soll für 11 Mark pro Stunde gemacht werden, in Frage. Herrn Oberbaurat Sühnenguth wollen wir aber daran erinnern, daß er es war, der bei Wiedereinführung des Akkordes nicht oft genug betonen konnte, daß nach oben unbegrenzt verdient werden könne, es solle kein Arbeiter mit seiner Arbeitskraft zurückfallen. Nun, da die Formersache fräglich gearbeitet haben und bei 11 Mark Grundlohn 100 Prozent bei einer bestimmten Arbeiter verdienten, also die Stunde 22 Mark, kommt derselbe Oberbaurat Sühnenguth und sagt, daß sei zu viel, nur 30 Prozent darf verdient werden, d. h. die Formersollen bei schwerster Arbeit mit 14,30 Mark pro Stunde abgefunden werden. Nebenbei bemerkt, abli es keinen Paragraphen im Tarifvertrage, der nach oben 30 Prozent Ueberverdienst festlegt. Demgemäß ist es unsinnig, vom Bruch des Vertrages seitens der Arbeiter, zu schreiben. Eher liegt das auf der anderen Seite. Der Kampf ist eine Erscheinung unserer elenden Wirtschaftslage und beweist, daß es wieder einmal auf einer Seite an dem nötigen Verständnis oder Willen gefehlt hat, den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten. Wir sind der Meinung, daß dieser Fehler auf Seiten der Leitung der Werft zu suchen ist.

Die Formersangelegenheit ist jedoch durch die allgemeine Aussperrung keine spezielle Sache mehr. Recht handelt es sich um den ganzen Betrieb. Die Verschiebung hat es in der Hand, den Frieden herzustellen, wenn sie es will, genau so wie es in ihrer Macht lag, den Kampf nicht ausbrechen zu lassen. Wenn Oberbaurat Sühnenguth zum Schluss schreibt, daß derselbe Tarifvertrag, um dessen Zustandekommen gekämpft wurde, jetzt durch Streik wieder beseitigt werden soll, so ist hierbei wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Es stimmt nicht, daß es schon einen Tarifstreik auf der Danziger Werft oder der früheren Reichswerft gegeben hat. Der geltende Tarifvertrag ist in langwierigen Verhandlungen gerade durch die „machthabenden“ Gewerkschaftsführer geschaffen, die für sich in Anspruch nehmen können, in der aller schwersten Zeit wirtschaftlichen Niederbruchs, mehr Verständnis

nitz für die Volkswirtschaft bewiesen zu haben, als andere abgemessene Oekonomien.

Der einzige und wahre Grund der jetzigen Kämpfe in der Metallindustrie ist der Beschluß des Verbandes der Metallindustriellen, während der Dauer des Bauarbeiterstreiks keine Lohnbewegungen zu geben. Das, dem so ist, bewirkt folgender Fall aus der Schraube, Mutter- und Rietensfabrik. Dort wurde man vorzeitig wegen Lohnbewegung? Der Betriebsausschuß bekam zur Antwort, so lange der Bauarbeiterstreik dauert, gibt es keine Zulagen. Es wurde hinzugefügt: Die Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe sollen sich delegationsweise zusammenschließen und zu den Bauarbeiterverbänden gehen, damit diese schnellstens den Kampf abbrechen, dann gebe es der Zulage. Viele andere Bewerke von Unternehmernschicht können beigebracht werden. Die Unternehmer waren mit dem Teil des Senats, der die Aussperrung beschwor, zu selb um die Arbeiterklasse auf der ganzen Linie auszusperren zu lassen, als die Bauarbeiter den Streik beschlossen. Der Ausschuß der Metallindustriellen wandte darauf die Taktik an, keine Lohnbewegungen, trotz größter Forderung zu geben, um so Streiks zu provozieren und dann die „Schuld“ den Arbeitern oder den „machthabenden“ Gewerkschaftsführern auszuschieben. Die Streikleitung.

Zum Streik im Klemper- und Heizungs-gewerbe.

Wir berichteten bereits über den Beschluß der streikenden Klemperer fortan nur noch einen partiellen Streik zu führen. Der Metallarbeiterverband schreibt uns hieran: Die Unternehmer dieser Gewerbegruppe stehen unter dem Terror des Verbandes der Metallindustriellen, der das Verbot hat, die Kleinbetriebe vollständig zu erdrücken. Eine Anzahl Unternehmer versuchte Verhandlungen anzubahnen, mit der Erklärung, daß sie die Handlungsweise des Verbandes der Metallindustriellen nicht billigen. Darauf wurde vom Metallarbeiterverband am 10. Juli telephonisch bei Konsul Müller, dem seitherigen Vorsitzenden dieser Gruppen angefragt, ob auf Seiten der Unternehmer Friedensbereitschaft bestehe. Was von Konsul Müller für alle Gruppen sofort bestätigt wurde. Konsul Müller hat um Vorschläge für die Verhandlungen. Diese wurden vom Metallarbeiterverband gemacht und ein Spitzenlohn von 32 Mark als Verhandlungsbasis gefordert.

Die Antwort erteilte nicht Konsul Müller, sondern Hauptmann Voigt vom Verband der Metallindustriellen, mit folgendem Schreiben:

Nachdem von Ihnen Herrn Konsul Müller gegenüber der Wunsch der Arbeitnehmer nach Verhandlungen zur Beendigung des Streiks zum Ausdruck gebracht war, waren die Verbände der Zentralheizungs-Industrie, der Klempererbetrieb und der Installationsfirmen selbstverständlich bereit, auf diese Anregung einzugehen und mit den Verbänden, mit denen sie in der augenblicklichen Lohnbewegung in Danzig überliefen, hierüber sich ins Benehmen zu setzen. Nach Erhalt Ihres Schreibens vom 11. Juli 1922 müssen wir jedoch mit Bedauern konstatieren, daß auf Ihrer Seite, entgegen Ihren Herrn Konsul Müller gemachten Angaben tatsächlich der Wille zur Beendigung der Lohnstreitigkeiten nicht vorhanden zu sein scheint. Die von Ihnen mitgeteilten Forderungen übersteigen das Maß des nach den tatsächlichen Verhältnissen Berechtigten derart, daß wir unter diesen Umständen irgendein Ergebnis von Verhandlungen und nicht versprechen können. Sehr eigenförmlich berührt es hierbei, daß Sie am 1. August und 1. September die durch die Forderung nachgewiesene Forderung als Maßstab für die Lohnbewegungen gelten lassen wollen, während Sie für die Juni- und Juli-Löhne diesen Maßstab nicht anerkennen wollen. Die Verbände der Zentral-Heizungs-Industrie, der Klempererbetriebe und Installationsgeschäfte setzen sich daher nicht in der Lage, auf der von Ihnen vorgeschlagenen Basis in Verhandlungen einzutreten und werden auch wei-

terhin gemeinsam mit den übrigen hier in Danzig beheimateten Betrieben vorgehen. Im Auftrag der drei Verbände: ges. Voigt.

Diese Antwort ist eine augenblickliche Verdrückung der Tatsachen. Sie zeigt aber klar und deutlich, daß der Verband der Metallindustriellen, der sich in diesem Falle hinter die „drei Verbände“ versteckt, keine Verhandlungen haben will. Die Streikenden sollten auf Antwort hierauf einmütig den Beschluß, nur noch einzelne Geschäfte zu beschreiten und in den Geschäften, die nachfolgenden Lohn anerkennen, sofort die Arbeit aufnehmen. Es liegt daher im eigenen Interesse der Kleinbetriebe, wenn sie sich vor weiterem Schaden schützen wollen, den Lohn anerkennen.

Nachtrag zum Tarifvertrage

für das Klemper-, Installations-, und Heizungsgewerbe vom 11. Oktober und 1. November 1921.

Die Mantelverträge vom 11. Oktober und 1. November 1921 werden vollständig anerkannt.

Vom Tage der Wiedereinführung der Arbeit bis zum 1. August 22 werden folgende Lohnsätze gezahlt: Monteure und Gesellen im ersten Tätigkeitsjahr 90 Mk., alle übrigen Gesellen und Monteure 92 Mk., Helfer über 20 Jahre 90 Mk., Helfer von 18 bis 20 Jahre 77 Mk., unter 18 Jahre 16 Mk., Randzulage über 4 Wochen Dauer dreifacher Stundenlohn, unter 4 Wochen Dauer laut Rechnung, bei freier Verpflegung einfacher Stundenlohn. Als Nachzahlung für die Zeit vom 1. bis 7. Juni 22 wird die Differenz zwischen dem Mallohn und den Forderungen bezahlt, nämlich: für Monteure und Gesellen im ersten Tätigkeitsjahr 7,20 Mark, alle übrigen 7 Mark, Helfer über 20 Jahre 8,20 Mark, von 18 bis 20 Jahre 9,70, unter 18 Jahre 9,50 Mark pro Stunde.

Diese Lohnsätze erhöhten sich vom 1. August und 1. September um den Prozentsatz der Lohnerhöhung, der vom statistischen Amt der Freien Stadt Danzig festgestellt wird. Wird diese Art der Lohnregelung und die Lohnsätze nicht bis 15. September und in der folgenden Zeit bis 15 jedes Monats gekündigt, so läuft es um einen Monat weiter.

Abdrucke wolle man im Bureau des Metallarbeiterverbandes, Tel. 3304, anfordern.

Rechtsverbindlicher Schiedsspruch für das Fleischer-gewerbe.

In der Lohnstreitfrage der Fleischergehilfen wurde am 30. Juni vor dem Schlichtungsausschuß folgender Schiedsspruch gefällt: Für 1. Gesellen 950 Mk., 2. Gesellen 875 Mk., 3. Gesellen 800 Mk. Wochenlohn. Für Koft können 270 Mk., für Logis 90 Mk. in Abzug gebracht werden. Invalidenversicherungs- und Kranken-kassenbeiträge können abgezogen werden. Dieser Schiedsspruch ist am 15. Juli für rechtsverbindlich erklärt. Die Löhne sind ab 8. Juli d. Js. zu zahlen.

Zum stellvertretenden Vorsteher und Ballenrat der 25. Armen- und Waisenkommission ist an Stelle des Herrn Viktor Richter, Frau Johanna Hornell, wohnhaft Sanghafer, Hauptstraße 44, bestellt worden.

Die Stempelstellen für Arbeitslohn in den Vororten sollen geschlossen werden. Das Arbeitsamt begründet diese Maßnahme mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit, die Kosten für die Unterhaltung der Vorortstempelstellen seien zu hoch. Die Arbeitslosen, fast ausschließlich ältere Männer und Frauen, sollen täglich einmal in Danzig zur Kontrolle erscheinen. Wir sind der Meinung, daß auch ohne großen Beamtenapparat die Stempelstellen in den Vororten beibehalten werden können, um den Arbeitslosen unwillkürlich zu ersparen, denn Stempelstellen sind sehr teuer. In D h r a befinden sich immer noch 40 Arbeitslose, für die die Beibehaltung einer Stempelstelle durchaus angebracht erscheint.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17

20)

Von H e n n i L e h m a n n.

„Hören gratuliere ich auch, Fräulein“, fuhr sie fort, denn mit Venita hatte sie nicht die alte Vertraulichkeit wie mit Rose Gils. Harenholdts waren immer noch die Vornehmsten in Nummer 17. — Die weiße Kasse war vom Fenster gesprungen und rieb sich schnurrend an Frau Meyers herbenem Rock.

„Na, wüßte auch Geburtstags feiern?“ fragte die Frau, und nun mußte sie bei den Mätern auf einer Beiflaute Platz nehmen, und sie bekam ein Stückchen Kuchen angeboten, denn sie hatte ja etwas mitgebracht, und da kann man doch nicht so sein.

Nun ging die Rede über die andern Frauen im Hause. Frau Meyer konnte sie alle und wußte Bescheid. Bei der Blinden Frau Müller hielten neulich Landstürmer abends spät hineingewollt und mächtigen Lärm gemacht. Sie sollte ihnen zu Willen sein, wollten sie, daß läten andere Frauen auch, und sie konnte es gewiß. Ihr Mann trieb es auch voll genug draußen, den kannten sie. Sie sollte sich nur auch ein bißchen amüfieren. Aber die blinde Frau hatte die Tür nicht aufgemacht, sondern sich ätzernd mit dem Rinde in die Ecke gedrückt, und schließlich waren die Männer schimpfend abgezogen.

Frau Meyer dämpfte ihre Stimme ein bißchen, als sie das erzählte. Die jungen Leute nebenan brauchten ja nicht alles zu hören.

„Und was die Ramick ist, da ist nun schon wieder was Neues unterwegs. Und dabei liegt der Mann schon seit Monaten im Lazarett und ist nicht auf Urlaub gewesen. Der arme Kerl! Sie haben ihm ja wohl ein Bein abgenommen. Das ist ein bißchen tüchtiger Heilmittel, der kommt nu nicht wieder heraus. Aber der Frau ist ja alles gleichgültig. Sie schämt sich auch nicht die Wanne. Geht sie doch hin in den Gllsdiens für die Kriegerfrauen und klagt und jammert den Damen was vor, und sie müßte Hilfe haben, weil sie im

August ein Kind kriegte. — Na, die sind ja auch nicht so dumm, und die eine, die da immer alles andicht, sagt zu ihr, daß könne doch nicht seine Richtigkeit haben, denn der Mann wäre ja schon seit September nicht auf Urlaub gewesen. Was glauben Sie, daß die Ramick zur Antwort gibt? Sie hätte auch schon deswegen in die Klinik gehen wollen, denn das Kind müßte doch ran ferkeln lassen.“

Frau Gils lachte ihr übermütiges spottendes Lachen, und Frau Greefe sah ein wenig ernst und traurig aus. Frau Harenhold aber knabberte behaglich ihren Kuchen und hörte zu. Der kleine Klatsch amüferte sie.

„Was macht denn die Frau Braunschweig?“ fragte Frau Greefe. „Ich habe sie so lange nicht gesehen.“

„Sie hat es wieder mit der Puppe gehabt und Blut gehustet“, sagte Frau Meyer. „Wenn die es man noch lange macht! Und sowie sie sich wieder aufrappelt, denn rennt und radert sie auch, und denn jetzt das knappe Essen und die vielen Kinder da kann ja eine nicht bei zu Kräften kommen. — Aber ich will nun manchen, ich will nach manne Schwägerin, die ist nach ihren Eltern schwefen nach dem Lande, und da fällt denn ja wohl auch für mich was ab.“

Und Frau Meyer legte anrieden aus dem Zimmer. Sie war ihre Neugierde los geworden und hatte die Empfindung, sehr zur Belebung der Geburtstagsgesellschaft beigetragen zu haben.

Frau Müller kam auch mit ihrem Rinde. Walter las gerade aus Reuters Franzosentid. Das hatte in dieser Zeit ein doppeltes Interesse, — und Frau Müller blieb ganz still an der Türe stehen und hörte zu. Erst als Walter eine Pause machte, kam sie schritt näher und gratulierte. Sie hatte nichts kaufen können, aber sie war mit der Kleinen vor die Stadt gegangen, und diese hatte Feldblumen gepflückt. So erhielt jedes der Mädchen ein Sträußchen. Rose ließ das ihre vor sich auf der Decke liegen. Venita zog ein paar buntfarbige Mäuten heraus und befestigte sie sich und Ines im Gürtel. Die weiße Kasse sollte ein Bündchen bekommen um den Hals, aber sie knurrte und kräuselte sich. — Dann wurde Frau Müller ein Stückchen eingeschoben. Sie bekam keinen Kuchen, der war jetzt knapp, und sie hatte ja auch nur Blumen mitgebracht, die nicht forten. Aber die kleine

Martha bekam doch etwas. Das ließ Venita sich nicht nehmen. Sie schnitt selbst ein Stückchen ab.

Und nun las Walter wieder. Frau Müller hörte zu wie in einem Traum. Derartiges war noch nie in ihr armes verdrücktes Leben gekommen. — Eine weiße Männerstimme, die ihr von Menschen und Dingen und Geschäften erzählte, die weitab lagen von dem Tagesleben, Menschen, über die man lachen, denen man doch gut sein mußte.

„Sie blieb so versunken sitzen, daß das Rind sie schließlich am Rock zog, — sie müßten gehen.“

Die sonst so schüchterne Frau sagte sich zuversichtlich ein Herz: Ob sie wohl ab und zu zuhören dürfte, wenn vorgelesen würde? —

Venita und Rose nickten ihr dankend zu. Sie waren

heut so glücklich. Sie waren froh, jemand etwas Liebes tun zu können. Sie würden Frau Müller sehen, wenn sie etwas recht Schönes hätten zum Vorlesen. Und die Frau ging und hatte ein Licht in der Seele.

Walter wurde das geliebte Mädchen durch ihre Freundlichkeit gegen die Blinde noch teurer. Alles, was bei Venita rasch beweglich, jedem Eindruck zugänglichen Sinn springende zufällige Güte zu finden. Seine Lebensquellen unerschöpflicher Güte zu finden. Seine Mutter war nicht ganz ohne Besorgnis, denn als Frau empfand sie instinktmäßig besser als der liebende Mann, wie vieles da an der Oberfläche blieb. Doch Venitas Anmut nahm auch sie gefangen, und sie schob, was sie beängstigte, der Jugend des Mädchens zu.

Der Nachmittag verlief dann schön und freundlich und ohne einen Miston. Man trennte sich für das Nachtessen, und Walter sollte danach Venita zu einem Tischgeschickspaziergang abholen. Frau Harenhold und Ines aber würden dann zu alten Freunden des Vaters gehen, der heute auch ein Geburtstag gefeiert wurde. Es würde sich werden, bis sie nach Hause kamen. Frau Conchus sagte sich, daß sie einmal die seltene Gelegenheit hatte, wieder in Danzig zu sein. Sie würde dann später in Danzig, in der vornehmen Geburtstagsfeier erzählen. —

Aus dem Volkstag.

Schwarze Viken sollten einer kleinen Anfrage des Abg. Gaiswieser zufolge von der Danziger Werft herausgegeben werden. Der Senat antwortet jetzt darauf, daß laut Bericht der Direktion der Danziger Werft an die Schrauben-, Mutter- und Nietenfabrik, Danzig-Schiffbau, weder mündlich noch schriftlich Aufforderungen des in der Anfrage angegebenen oder ähnlichen Inhalts gerichtet worden seien. Die dem Herrn Abgeordneten Gaiswieser über den Fall des Schiffers M. gemachten Mitteilungen könnten daher nicht zutreffen.

Der Invalidenbund hatte an den Volkstag eine Eingabe gerichtet, in der die Unzufriedenheit der Invaliden über die Handhabung des Invalidengesetzes durch das Wohlfahrtsamt zum Ausdruck kommt. Verlangt wird ferner die Hinzuziehung von Vertretern der Invaliden als Berater für das Wohlfahrtsamt. Der Berichterstatter, Abg. Gen. Kroschke, hatte Berücksichtigung beantragt. Der Sozialer Ausschuss beschloß, die Eingabe dem Senat zur Erwägung zu überweisen.

Zum Invalidennotstandsgesetz hat der Senat auf Grund einer kleinen Anfrage folgende Erklärung ab: Das Invalidennotstandsgesetz wurde mit rückwirkender Kraft für einen Zeitraum erlassen, innerhalb welches im großen Umfang bereits anderweitige Unterstützungen aus Wohlfahrtsmitteln bewilligt worden waren. Diese Unterstützungen sind entsprechend den mit den deutschen Hierarchien übereinstimmenden Anordnungen aus Anrechnung gebracht worden, doch sollten Gärten und Mähdreien vermieden werden. Für die Zukunft werden derartige Anlagen nicht mehr vorzuziehen, da solche Anrechnungen nun nicht mehr erfolgen können. Die Anrechnung von einmaligen Beihilfen, die auf anderen Gesetzen beruhen, ist generell, soweit wir ermitteln konnten, nicht erfolgt. Wir bitten um Nachsichtsmachung der Fälle, in denen abweichend verfahren sein soll. In jedem Falle sind wir bereit, vorhandene, und gemeldeten Mängel abzuheben und die Gemeindebehörden mit entsprechenden klaren Anweisungen zu versehen.

Die Fortführung der anstehenden Eisenbahnarbeiten auf der Strecke Danzig—Roppot und die Lichtbare Anbringung der Fahrpläne benachbarter deutscher Eisenbahndirektionen auf dem Hauptbahnhof betrachten zwei kleine Anfragen an den Senat, der darauf dem Volkstag folgendes mitteilt: Der Telegraf der freien Stadt Danzig ist bemüht, die fehlenden Fahrpläne benachbarter deutscher Eisenbahndirektionen beschaffen zu lassen und für Anbringung an gut sichtbarer Stelle zu sorgen. Soweit es sich um die Unterführungen im Gebiete der Stadt Roppot handelt, wird der Senat einen Antrag des Magistrats Roppot auf Weiterführung dieser Bauten bekräftigen. Im übrigen erscheint der gegenwärtige Zeitpunkt in Anbetracht der hohen Baukosten nicht besonders geeignet, auf die Fortführung der übrigen Bauten auf der Strecke Danzig—Roppot zu drängen, insbesondere da zurzeit in gleich wichtigeren Bauten (Erweiterungen der Gas- und Wasserleitungen) eine bevorzugte Berücksichtigung verdienen.

Die Bahnhofsbuchhandlung gekündigt!

Die drei bürgerlichen Fraktionen und die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages haben an den Senat nachstehende kleine Anfrage gerichtet:

Die polnische Staatsbahndirektion in Danzig hat der Firma Georg Sillke den Pachtvertrag über die im Gebiete der freien Stadt Danzig befindlichen Bahnhofsbuchhandlungen zum 1. Oktober 1922 gekündigt und die Verachtung dieses Pachtvertrages ausgesprochen. Diese Maßnahme erweckt die Befürchtung, daß der Bahnhofsbuchhandel im Gebiete der freien Stadt Danzig ohne Rücksicht auf die größtenteils deutschsprachige Bevölkerung einem polnischen Unternehmen übertragen werden soll, obwohl die Nachfrage nach polnischen Zeitchriften und Drucksachen usw. bisher bereits völlig ausreichend befriedigt worden ist.

Welche Schritte gedenkt der Senat zu tun, um dieser offenbaren Benachteiligung der Interessen des größten Teiles der Danziger Bevölkerung entgegenzutreten?

Abgeschlossener Schiedsspruch. Der vom Schlichtungsausschuss gefällte Schiedsspruch für das elektrische Gewerbe ist von den Unternehmern abgelehnt worden.

Eine Falschmeldung war die von der polnischen amtlichen Telegraphenagentur und der polnischen Presse verbreitete Nachricht von dem Abschlusse eines polnisch-französischen Abkommens, wonach Danzig ein Stützpunkt für die polnische Flotte werden sollte. Wir haben schon in unserer Sonnabendausgabe darauf hingewiesen, daß den amtlichen Stellen in Danzig, insbesondere von einem Protest Zeugnis in dieser Sache nichts bekannt ist.

Ein Gesetz über die erhöhte Ausrückung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit legt der Senat dem Volkstag vor. Danach soll bei Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit der unmittelbaren Staatsbeamten die in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 im deutschen aktiven Militär, deutschen Reichs- oder deutschen unmittelbaren Staatsdienst verbrachte ruhegehaltfähige Zeit, sofern sie mindestens 6 Monate beträgt anderthalbfach angerechnet werden.

Keine polnische höhere Handelsschule in Danzig. Wie der Warschauer „Kurier Poranny“ erfahren haben will, hat sich eine Gruppe Podzer Industrieller an den Danziger Senat mit dem Projekt der Gründung einer höheren polnischen Handelsschule gewandt. Die Schule sollte dem Studium in einem internationalen Handelskafazentrum dienen. Der Danziger Senat habe dieses Projekt entschieden abgelehnt.

Danziger Kinder in der Sommererholung. Seit Mitte Mai sind durch das Jugendamt fortgesetzt Danziger Kinder zur Erholung aufs Land geschickt worden. Diese Transporte haben in der letzten Woche ihren Abschluß erreicht. Für die Ferien sind mit Beginn derselben 31 Kinder für fünf Wochen in den kaiserlichen Kreis Marienburg geschickt worden. Mit diesen erhöht sich die Zahl der dort untergebrachten Kinder auf 110. Nach Triest gingen am letzten Freitag einige Nachzügler. Es sind hier im ganzen über 300 Kinder. Zum ersten Male in diesem Jahre ist von uns auch die Gutsfreundschaft der Provinz Sachsen in Anspruch genommen worden. 10 Kinder hat der Kreis Zerbst aufgenommen. Ganz be-

sondere Freude hat das Jugendamt darüber gehabt, daß Danemark auch in diesem Jahre Danziger Kinder aufnehmen bereit war. 21, vorwiegend kleine Kinder, um 10 Tage herum, sind am vergangenen Sonnabend mittags mit Begleitern in See gegangen. Bei unseren fröhlichen Abschiedsveranstaltungen hätten wir jedoch von dem freundlichen Angebot keinen Gebrauch machen können, wenn nicht die „Königliche-Amerikanische“ die Niederfahrt einschließlich Verpflegung kostenlos übernommen hätte. Diese Kosten hätten heute einen Betrag von 180.000 Mark erfordert.

Das Wohnungsinstandsetzungsgezet

Ist bei der nochmaligen Beratung im Stadtschuldenamt erheblich abgeändert worden. Die es früher im § 4: Die Kosten der Instandsetzung trägt der Eigentümer, unbeschadet seines Rechts, von einem ihm Verpflichteten Ersatz zu verlangen, so heißt es nach der neuen Fassung: Die Kosten der Instandsetzung trägt der Eigentümer des Grundstücks, soweit die Kosten über deren Verzinsung aus den Einnahmen oder später zu erwartenden Einnahmen gedeckt werden können. Unberührt hiervon bleiben die Rechte des Eigentümers von einem ihm gegenüber Verpflichteten Ersatz zu verlangen. Weiter heißt es jetzt in § 4: Falls die Instandsetzungsarbeiten vom Eigentümer nicht eingezogen werden, weil die Kosten aus den Einnahmen des Grundstücks nicht gedeckt werden können, so kann die Gemeindebehörde die Kosten entweder endgültig oder vorläufig auf die Gemeinde, oder, wenn es sich um einen Gemeindeverband handelt, auf den Gemeindeverband übernehmen.

In § 8 ist folgender Absatz eingefügt worden: Können die Instandsetzungsarbeiten, welche von der Gemeindebehörde vorläufigweise geleistet worden sind, nicht binnen zwanzig Jahren aus den Einnahmen des Grundstücks zurückgezahlt werden, und können auch nicht in der gleichen Frist die Instandsetzungsarbeiten aus den Einnahmen des Grundstücks mit 5% Prozent verzinst werden, so sind die Instandsetzungsarbeiten dann auf Antrag des Grundstückseigentümers endgültig auf die Gemeindebehörde zu übernehmen und die entsprechenden Eintragungen im Grundbuch zu löschen.

Kann in der angegebenen Frist nur ein Teil der Instandsetzungsarbeiten aus den Grundstückseinnahmen mit 5% Prozent verzinst werden, so besteht nach Ablauf der 20-jährigen Frist die endgültige Übernahme der Instandsetzungsarbeiten auf die Gemeinde und die Löschung der entsprechenden Grundbucheinträge lediglich auf den bis dahin nicht verzinsten Teil der gesamten Instandsetzungsarbeiten.

Die Instandsetzungsarbeiten sind in vollem Umfang an die Gemeindebehörde zurückzahlen, sobald das Grundstück veräußert wird. Die Gemeindebehörde kann jedoch auf Antrag von der sofortigen Zahlung bei dieser Veräußerung aus Billigkeitsgründen absehen. Ob und inwieweit die Instandsetzungsarbeiten oder deren Verzinsung aus den Einnahmen des Grundstücks gedeckt werden können, entscheidet das ständige Mietungsamt.

Weiter ist folgender § 9a eingefügt worden: Die auf Grund dieses Gesetzes erfolgten Eintragungen und Löschungen im Grundbuch erfolgen frei von Gerichtskosten und Stempeln. Das Vorliegen der Voraussetzungen wird durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde nachgewiesen.

Eine öffentliche Steuerermäßigung erläßt die städtische Steuerkasse in unserer heutigen Ausgabe.

Wugus und Umfahlgewer. Die Inhaber von Geschäften oder deren Vertreter, die Waren führen, die der Umsatz- und Pyrussteuer unterliegen, werden vom Steueramt aufgefordert, innerhalb 14 Tage dem Steueramt 3 Anzeigen zu erhalten. Näheres siehe Bekanntmachung im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe.

„Der Jägerbaron“ im Gutenberghaus. Auf der Wald- bühne im Gutenberghaus geht dieser Tage die beliebte Straußsche Operette „Der Jägerbaron“ in Szene. Die erste Aufführung soll heute stattfinden, wenn das Wetter diese Veranstaltung nicht unannehmlich macht. Sämtliche Hauptpartien sind mit den ersten Opern-Mitgliedern des Danziger Stadttheaters besetzt. Der Chor wird gestellt vom Chor des Stadttheaters, der verstärkt wird durch einen Extrachor von über 150 Mitgliedern des Danziger Sängerknabens. Die Inszenierung hat Heinz Frede, die musikalische Leitung Kapellmeister Walter. Das Orchester stellt das Stadttheater. Näheres im Anzeigenteil.

Schaufensterband. Die Feuerwehr wurde gestern abend gegen 9½ Uhr nach Koblengasse 2 gerufen, wo die Fassade im Schaufenster in Brand geraten war.

Das Roppoter Feuerwerk, das schon zweimal verregnet ist, soll nun am Donnerstag, den 20. Juli, abends 9½ Uhr, stattfinden.

Polizeibericht vom 18. Juli 1922. Festgenommen 10 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Hausfriedensbruch, 1 wegen Fehler, 1 wegen Körperverletzung, 4 in Polizeifast, 1 obdachlose Person. — Gefunden: Werkstattebenennungsbuch; 18 Notenzettel, 18 Anwerbe mit abgestempelten Briefmarken und 4 Kassenheften von der K. Gebr. Freymann, Leichbus „Aus Ferla und Sekunda“ für Rolf von Thüren, Pächter, enthaltend Walle und Korsettstangen, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidenten; grünes Federportemonnaie mit Geld und Schlüssel, abgehoben von Frä. Margarete Polens. Brunnhöfer Weg 6; Geldbörse mit Geld, abgehoben von dem Hiltshoten Drewa. Wohlfahrtsamt, Zimmer 54; grauer Herren-Helm, abgehoben von Frau Bertha Lebski, Brunnhöfer Weg 22; braunmelkgefleckter Hund, abgehoben von dem Frä. Bruno Sieg, Mattenboden 29; langer, braun- und schwarzgefleckter Regenrock, abgehoben von Herrn Bergmann, Brückstraße Weg 20. — Verloren: Braune Brieftasche mit 500 Mark, abgehoben im Fundbüro des Polizeipräsidenten.

Standesamt vom 18. Juli 1922.

Todesfälle. Frau Helene Warfentin geb. Penner, 88 J. 4 Mon. — Marine-Schiffsführer a. D. Richard Biele, 78 J. — Verfmstr. Viktor Gajewski, 48 J. 1 Mon. — Rentier Johannes Verzug, 52 J. 11 Mon. — Frau Julius Lubowski, 83 J. 7 Mon. — Rentenfängler Gustav Koller, 71 J. 7 Mon. — S. d. Tischlers Emil Schöps, 5 Mon. — Pausmilitär August Schmid, 86 J. 8 Mon. — Heizer Wladislaus Straßgiewicz, 24 J. 8 Mon.

Internationale Kundgebung in Paris.

Paris, 17. Juli. (W.L.Z.) Gestern abend veranstalteten die Sozialisten eine Kundgebung für den Frieden. Es beteiligten sich daran Vertreter der englischen und der belgischen Arbeiterpartei. Der französische Abgeordnete Sembat sagte: Das Schicksal Europas spielt sich im Augenblick in Deutschland ab. Was sich in Frankreich, in England, in Russland ereignet, ist sehr wichtig, aber was sich in Deutschland ereignet, ist entscheidend. Es hängt zum guten Teil von uns ab, ob dort der Friede siegt oder untergeht. Der englische Abgeordnete Wallhead erklärte, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands verlangt die Revision des Versailler Vertrages. Die Revision dieses Vertrages stellt Deutschland in eine absolute Stellung der Inferiorität. Dieser Vertrag macht aber sowohl aus Siegern wie aus den Besiegten entmenschte Völker. Der belgische Sozialistenführer Vandervelde sagte: Wir haben vor 1½ Monaten erklärt, eine internationale Antilethe und die Herabsetzung der deutschen Schulden sei notwendig. Unsere Gegner erklärten, wir seien verrückt. Heute aber nehmen sie schon unseren Standpunkt an. Die reichen Mächte sind vollgepumpt mit Geld, sie müssen am Wiederaufbau teilnehmen.

Anshebung eines deutschösterreichischen Waffenlagers. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, fanden gestern in der seit ungefähr einem Jahr mit Militär besetzten Garde- bu-Corps-Kaserne in Potsdam sozialdemokratische Ver- trauensmänner außer Tellen von Gewehren und Maschinengewehren rund 200 scharfe Handgranaten, Infanteriemunition, 1000 Tornister, 1000 Seiten- gewehre, 2000 Hochgeschütze und ungefähr 600 meist mit Gaskreuzen versehene Stahlhelme. Das sollte dabei ist, daß man es fertiggebracht hat, dieses für Putzschwede angelegte Waffenlager in einer Reichs- wehrkaserne unterzubringen.

Schnee im Hochsommer. Infolge des starken Tem- peraturrückganges ist auf dem Feldberg und in den höheren Lagen des Schwarzwaldes gestern und heute Schnee gefallen.

Bildung einer Reichskriminalpolizei. Der Rechts- ausschuss des Reichstages nahm in zweiter Lesung das Reichskriminalpolizeigesetz im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage an. Danach wird zur Bekämpfung des Verbrechertums, das sein Tätigkeits- feld nicht auf bestimmte Orte oder Landesgebiete be- schränkt, in Berlin ein dem Reichskriminalministerium des In- nern zu unterstellendes Reichskriminalpolizeiamt er- richtet.

Bermischtes.

Der Grubenbrand in Senfischberg am Verlschen. Es kann damit gerechnet werden, daß dank der anhaltenden Re- genfälle in den letzten Tagen auch die noch glimmenden Stellen in dem Tagebau der Braunkohlengrube am Verlschen gelöscht werden. Der angeordnete Sachschaden dürfte sich nach den bisherigen Schätzungen auf etwa 8 Millionen Mark belaufen, da mehrere Kilometer Feldbahnanlagen, Grubenbahnen mit dem notwendigen Vorenamaterial neu her- gerichtet werden müssen. Auch ein großer Dampfbagger, der allein einen Wert von weit über 1 Million Mark reprä- sentiert, ist durch das Feuer hart in Mitleidenschaft gezogen worden. Da auch die Licht- und Stromleitung der Grube ver- brannt sind, dürfte die Stilllegung des Bergantriebes längere Zeit andauern.

Selbstmord eines der Waffenschmuggler. Einer der Hauptbeteiligten, die durch die Magdeburger Waffenschmuggelkommission verurteilt worden sind, hat, nachdem er ein umfassendes Gehörnis abgelegt hatte, durch Erhängen Selbstmord ver- übt.

Belohnte Lebensrettung. In England hat ein höherer Offizier, der sein ganzes Vermögen in Höhe von einer Mil- lion Pfund seinem einzigen Lebensretter in der Somme- schlacht, einem einfachen Soldaten Ted Poitrier, vermacht hat. Ein Londoner Anwaltsbüro hat, wie im „Frager Tag- blatt“ zu lesen ist, einen Aufruf nach dem Erben ertönen, der nach Amerika ausgewandert sein soll.

Wo das Geld liegt. In Wittlingen bei Lüneburg sicherte ein Großhändler drei Banknoten bis auf die Grund- manern vollständig ein. Er hatte gerade ein glücklicherweise nicht verbrannt. Das Vieh konnte größtenteils gerettet werden. Auch Schweine sind verbrannt. Bei dem Hof- besitzer Fehling, dessen Haus ein Haus der Flammen wurde, wohnte der Waffenschmuggler Wener, der sein ge- samtes Hab und Gut durch das Feuer verlor. Außerdem verbrannten ihm noch für 200.000 Mark Papiergeld, das er unvorsichtigerweise im Hause hielt.

Der Vater. Ein älterer Junggeselle erhält allmonatlich den Besuch eines kleinen Mädels, für das er alimentations- pflichtig ist und das im Auftrag der Mutter das Geld bei ihm abholt. Als das Madel jedoch Jahre alt geworden ist, sagt der Vater bei der letzten Zahlung an ihr: „So, mein Kind, von heute an bist Du meine Tochter nicht mehr.“ Am andern Tage kommt das Madel zurück: „Mutter läßt schon grüßen. Du wärest mein Vater überhaupt nie gewesen.“

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	8,05	am Vortage	8,05
Amer. Dollar :	460	„	450
Englisches Pfund:	2100	„	1960

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekachelt
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hölbergasse 5.

